

## Zukunftsweisende Bildungspolitik in Bayern Resumée und Ausblick

Pressekonferenz mit Hans-Ulrich Pfaffmann, MdL,  
bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion  
24. Juli 2008

Die 15. Legislaturperiode des Bayerischen Landtages war geprägt vom Versagen der Staatsregierung und der CSU Landtagsmehrheit in Sachen Schulpolitik. Der Staatsregierung ist es nicht gelungen, die vielfältigen schulpolitischen Baustellen zu schließen. Dramatischer Lehrermangel, übervolle Schulklassen, Leistungsdruck und Schulstress prägen die Schullandschaft nun schon seit Jahren. Die Zukunftschancen der Schüler und Schülerinnen hängen vom Geldbeutel der Eltern ab, es gibt zu wenig gebundene Ganztagsangebote, die dringend notwendige Schulsozialarbeit ist „Mangelware“. Die Hauptschulen werden geschlossen, die Eltern gehen zu Recht wegen der Einrichtung von Kombiklassen in Grundschulen. Diese Mängelliste kann nach Belieben weitergeführt werden.

Der Staatsregierung ist es in den letzten fünf Jahren nicht gelungen, die schulpolitischen Probleme in Bayern auch nur annähernd zu lösen. Trotz frühzeitiger Warnhinweise von Vereinen und Verbänden und unzähligen Petitionen zu den Problemen der Schulen, war die CSU Regierung nicht bereit, ihre Politik an die schulpolitischen Entwicklungen und Bedarfe anzupassen.

Nicht nur die Rahmenbedingungen an den Schulen werden kontinuierlich schlechter, Bayern läuft Gefahr, in Sachen Schulentwicklung national und international zurück zu fallen.

Das bayerische Schulwesen ist seit Jahren chronisch unterfinanziert und trotz deutlicher Steuermehreinnahmen ist die CSU nicht bereit die Rahmenbedingungen zu verbessern. Seit 2005 hat der Freistaat Bayern 4,4 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen verbucht, als im Staatshaushalt veranschlagt waren.

Dies läßt nur einen Schluß zu, dass die CSU reformunfähig ist und nicht in der Lage, die Probleme der bayerischen Schulpolitik zu lösen. Es ist höchste Zeit für einen Machtwechsel. Mit der CSU werden sich die Zukunftschancen der bayerischen Schülerinnen und Schüler weiter verschlechtern.

## Die Probleme und unsere Alternativen an 5 Beispielen

### Alternative 1

Gerecht ist, wenn jeder mitkommt!

Individuelle Förderung in den Schulen als pädagogisches Prinzip

#### 1. Wie ist die aktuelle Lage an Bayerns Schulen in Sachen individuelle Förderung?

Die Förderung der Schüler und Schülerinnen an allen Schularten wird durch die schlechten Rahmenbedingungen erheblich erschwert. Daran ändern auch die Wahlversprechungen der CSU nichts.

#### Beispiel Gymnasium

Schüleranstieg: In den letzten drei Jahren verzeichneten die Gymnasien ein Plus von 25.000 Schülerinnen und Schüler, der Höhepunkt wird für das nächste und übernächste Schuljahr erwartet. Für das kommende Schuljahr werden zwischen 8000 und 10.000 erwartet.

Von 9080 Klassen, die es an den staatlichen Gymnasien gibt, sitzen in gut einem Drittel (3222) über 30 Kinder. 610 Klassen führen 33 Kinder und mehr. Die Ankündigung der Absenkung der Klassenstärken beschränkte sich bisher darauf, Klassen mit über 34 Kindern abzuschaffen. In einem zweiten Schritt sollen die Klassen auf höchstens 33 Kinder zurückgefahren werden. Es bleibt also im kommenden Schuljahr bei den 3222 Klassen mit über 30 Kindern.

#### Beispiel Realschulen

An den Realschulen werden auch in diesem Schuljahr wieder 2900 Kinder mehr unterrichtet als im letzten Schuljahr. Die Realschulen haben ihre Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2004/2005 insgesamt um 14.000 Kinder erhöht.

Von 5886 Klassen an den Realschulen insgesamt sitzen in knapp der Hälfte (2655) über 30 Kinder. 567 Klassen führen 33 Kinder und mehr.

#### Beispiel Berufliche Schulen

Die FOS gewann in den letzten drei Jahren 6000 Schüler hinzu und wuchs um 25 Prozent. An den Fachoberschulen werden auch in diesem Schuljahr wieder 6000 Schülerinnen und Schüler mehr unterrichtet als im letzten Schuljahr

Insgesamt sollen an allen beruflichen Schularten 142 zusätzliche Stellen geschaffen werden, die für den Schüleranstieg bei weitem nicht ausreichend sind.

#### 2. Was ist die sozialdemokratische Alternative für die Realisierung der individuellen Förderung?

Jedes Kind ist anders. Und jedes Kind hat seine eigenen Fähigkeiten. Ziel muss sein, den Unterricht so weiter zu entwickeln, dass die Stärken jedes Einzelnen gefördert werden. Nur so entsteht Chancengleichheit. Um dieses Ziel zu erreichen werden wir

- die Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen umbauen, in denen die Förderung der Kinder schon früh beginnt. Dazu werden wir Zug um Zug Beitragsfreiheit für die

Kindertageseinrichtungen umsetzen. Sofort beitragsfrei wird das letzte Kindergartenjahr. Außerdem werden wir die Zuständigkeit für die Kindertageseinrichtungen in das Kultusministerium übertragen,

- ausreichend Lehrerinnen und Lehrer einstellen, damit kleine Lerngruppen entstehen können, in denen die Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden können. Dies wird durch das Prinzip: „Keine Klasse über 25“ und dem Einsatz von zwei Lehrkräften in größeren Klassen erreicht,
- die Rahmenbedingungen an den Schulen so verbessern, dass Unterricht nicht nach Hause verlagert werden muss und Eltern zu Hilfslehrern werden
- dafür sorgen, dass moderne Pädagogik eine Chance hat. Ziffernnoten und das Sitzenbleiben erhöhen weder Leistungsniveau noch Lernmotivation. Das notwendige Faktenwissen wird noch stärker ergänzt durch das Erlernen des Umgangs mit den vielfältigen Informationsmöglichkeiten, Techniken der Wissensanwendung und Vernetzung. Außerdem werden Basiskompetenzen und die ästhetische Bildung im Schulalltag stärker berücksichtigt.

### 3. Fazit:

Die von der Staatsregierung beschlossenen zusätzlichen Stellen werden in keinem Fall zu einer Verbesserung der angespannten Lage an den Schulen führen. Damit wird die individuelle Förderung in kleinen Lerngruppen nicht realisierbar. Die Realisierung der individuellen Förderung als Grundprinzip ist mit der CSU nicht möglich.

## Alternative 2

**Gerecht ist, mehr Zeit zum Lernen!**

### 1. Wie ist die aktuelle Lage an Bayerns Schulen in Sachen Ganztagschulen?

Von den 2300 staatlichen Grundschulen führen insgesamt 40 Grundschulen einzelne gebundene Ganztagsklassen. Ein weiterer Ausbau der gebundenen Ganztagsklassen ist dringend geboten und kommt viel zu spät.

Von den 1100 staatlichen Hauptschulen führen ab dem nächsten Schuljahr insgesamt 336 Schulen gebundene Ganztagsklassen. Besonders erwähnenswert ist aber die Tatsache, dass die jetzt angekündigten Genehmigungen von 175 Ganztagsklassen lediglich mit 72 Lehrer/innen „versorgt“ werden.

Von den 220 staatlichen Realschulen führen insgesamt 10 Schulen gebundene Ganztagsklassen.

Von den 306 staatlichen Gymnasien führen insgesamt 12 Schulen gebundene Ganztagsklassen. Diese 12 Schulen sind übrigens die 12 Gymnasien, die am Schulversuch G8 teilgenommen hatten. Es ist seitdem keine dazu gekommen.

### 2. Wie ist die sozialdemokratische Alternative zur Realisierung von mehr Ganztagschulen?

Ein halber Tag reicht nicht aus, um die Welt zu erklären – und all das zu lernen, was heute wichtig ist. Deshalb sind Ganztagschulen heute so gefragt wie nie. Alle Studien weisen darauf hin, dass Ganztagschulen einen echten Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit liefern können, weil sie den Schülerinnen und Schüler ein Lernort sind, an dem ausgebildete Pädagogen mit

ihnen arbeiten. Und sie bieten Zeit. – Zeit zum Üben und Wiederholen, zum Hausaufgabenmachen, zum Lernen insgesamt.

Ganztagsschule bedeutet aber auch, gemeinsam und voneinander zu lernen, Freizeit kreativ zu gestalten und damit mehr freie Zeit fürs Familienleben zu gewinnen. Wir sind daher der Meinung, dass der Ausbau der Ganztagschulen massiv voran getrieben werden muss. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir

- jedem Kind einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer gebundenen Ganztagschule einräumen und das Angebot an gebundenen Ganztagschulen flächendeckend ausbauen;
- ein Sonderinvestitionsprogramm auflegen, das an den Schulen die räumlichen Voraussetzungen dafür schafft, dass ganztags unterrichtet werden kann;
- Lehrerinnen und Lehrer und Lehrerinnen und weiteres pädagogisches Personal, wie Schulsozialpädagogen, Schulpsychologen und Erzieher/innen einstellen.

### 3. Fazit:

Die Staatsregierung setzt in Wahrheit nicht auf den Ausbau gebundener Ganztagschulen, sondern auf den für den Staat kostengünstigen Ausbau der offenen Angebote, die von Eltern und Kommunen gezahlt werden müssen.

Die „Bildungs-Wahlkampfversprechungen“ der CSU in Sachen Ausbau der Ganztagschulen führt zu einem enormen Ungleichgewicht innerhalb der Schularten. Die jetzt genehmigten Ganztagsklassen an Hauptschulen sind ebenfalls „Papiertiger“. So werden die neuen Ganztagsklassen nicht bedarfsgerecht mit zusätzlichen Lehrer/innen ausgestattet, so dass ein pädagogisch wertvoller Ganztagsbetrieb kaum möglich sein wird. Ein bedarfsgerechter und flächendeckender Ausbau der gebundenen Ganztagsklassen ist auch in den nächsten Jahren nicht absehbar

### Alternative 3

**Gerecht ist, wenn alle länger gemeinsam lernen!**

#### 1. Wie ist die aktuelle Lage im Bayerischen Schulsystem in Sachen Durchlässigkeit und Chancengleichheit?

Ein Wechsel der Schularten ist in späteren Jahren in Bayern nur schwer möglich und ein höherer Schulabschluss nur auf Umwegen zu erreichen. Aus einer Schriftlichen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zur Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems ergibt sich grob folgendes Bild: Während 10.000 Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 und weitere 2000 in den Jahrgangsstufen 11 und 12 das Gymnasium wieder verlassen, steigen in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 nur 555 von der Realschule ans Gymnasium auf. Das bedeutet, die Eltern wissen ganz genau, worauf es ankommt in der dritten und vierten Klasse. Ist das Kind einmal einsortiert, gibt es für viele Jahre kein Zurück mehr. Kinder werden unter Druck gesetzt, was zu dramatischen Szenen in den Familien führt. Das Bauchweh am Sonntagabend aus Angst vor der Schule und tagelange Enttäuschung über eine Drei in Heimat- und Sachkunde sind noch die kleinsten Übel unserer Kleinen. Lernblockaden, ADS und massive psychosomatische Störungen stehen oft am Ende der Leidensgeschichte. Rund 25 Prozent aller Grundschülerinnen und Grundschüler erhalten Nachhilfe. Für die Nachhilfe-Institute ist die

Grundschule das Marktsegment mit dem größten Entwicklungspotential. Was ist eigentlich mit den Kindern, deren Eltern sich das nicht leisten können?

Diesem „Riesen-Problem“ will die Staatsregierung nun beikommen, indem sie an den Hauptschulen in der 5. Klasse eine Förderstunde mehr einführt und ein paar Grundschullehrerinnen an die Gymnasien und Realschulen zur Weiterbildung schickt.

## 2. Wie ist die sozialdemokratische Alternative zur Schulstruktur?

Ziel der SPD-Landtagsfraktion ist es, die viel zu frühe Schullaufbahnentscheidung im 8. bis 10. Lebensjahr zu beseitigen. Unser Antrag, die Übertrittszeugnisse abzuschaffen, bleibt der richtige Weg. Im Mittelpunkt des Lerngeschehens muss stehen, dass jeder Schüler die Chance auf gute Leistungen erhält. Jedes Kind ist anders. Das eine lernt schneller, das andere langsamer. Das eine lernt leichter, das andere tut sich schwerer. Und jedes Kind hat seine eigenen Fähigkeiten. Wir werden dafür sorgen, dass keiner verloren geht und alle Kinder gefördert werden. Aber gerade individuelle Förderung kostet Geld – auch in den Grundschulen. 1600 Lehrerinnen und Lehrer aus den Grundschulen abzuziehen, ist ein schwerer Fehler. Es ist ungerecht, wenn Schülerinnen und Schüler schlechtere Zukunftschancen haben, weil sie wegen zu großer Klassen und zu wenig Lehrerinnen und Lehrern nicht genügend Zeit zum Üben und Wiederholen haben und nicht mitkommen.

Wir werden aber auch das frühzeitige Aussortieren der Kinder verhindern, indem wir Alternativen zum dreigliedrigen Schulsystem einführen. Hierzu gehören die Reformschulen mit längerer gemeinsamer Schulzeit und der Möglichkeit, einen mittleren Bildungsabschluss abzulegen, der zum Übertritt in die Sekundarstufe II berechtigt, aber auch Regionalschulen, in denen Haupt- und Realschulen zusammengefasst sind. Wir werden also ein passgenaues, wohnortnahes und ausgewogenes Bildungsangebot in der Region aufbauen und Planungskompetenz nach unten verlagern.

## 3. Fazit:

Das frühe Aussortieren auf verschiedene Schularten ist und bleibt eine der größten Ungerechtigkeiten des Bayerischen Schulsystems. Die CSU verhindert durch ihr dogmatisches und betoniertes Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem in Bayern echte Chancengleichheit.

## Alternative 4

**Gerecht ist, wenn die Schule vor Ort bleibt!**

### 1. Wie ist die aktuelle Lage in Bayern in Sachen Schulentwicklung im ländlichen Raum?

Die Staatsregierung wird auch nach der Landtagswahl Schulstandorte schließen. Es gibt für ein- und zweizügige Schulen keine Bestandsgarantie. Wenn nichts geschieht, wird es in manchen Regionen Bayerns keine Schulen mehr geben, werden Gemeinden ihre wohnortnahen Bildungsangebote und damit ihre Attraktivität für die Familien verlieren. Die demographische Entwicklung verändert die ländlichen Regionen in den kommenden Jahren grundlegend. Die Zahl der 10-16jährigen wird in den nächsten 15 Jahren in Bayern um 20 Prozent, in einigen Landkreisen um mehr als 30 Prozent zurückgehen, prognostiziert das Statistische Landesamt. Außerdem hat der Trend zu höheren Schulabschlüssen auch auf dem Land eingesetzt. Auf der einen Seite werden Realschulen und Gymnasien in den städtischen Regionen immer größer, auf der anderen Seite nimmt die Zahl der Schulen in kleineren

Gemeinden stetig ab. Seit 2000 wurden alle Teilhauptschulen geschlossen. Insgesamt gingen über 40 Prozent der bisherigen Standorte verloren. Innerhalb der bisherigen Strukturen wird ein mittlerer und höherer Schulabschluss in kleineren und mittleren Gemeinden nicht mehr zur Verfügung stehen. Gerade für dünner besiedelte Gebiete bedeutet dies für die Schüler immer längere Schulwege und steigende Belastungen.

## 2. Wie ist die sozialdemokratische Alternative?

Wir setzen auf das Konzept der regionalen Schulentwicklung. Damit soll die wohnortnahe Schule erhalten bleiben und Schulschließungen vermieden werden. Die SPD tritt ein für regional angepasste Lösungen für die unterschiedlich stark ausgeprägten Entwicklungen. Wir werden die wohnortnahe Schule in allen Regionen Bayerns erhalten. Grundschüler werden nicht länger als 30 Minuten für den Weg zur Schule brauchen, Schüler von weiterführenden Einrichtungen nicht länger als 45 Minuten. Der Wohnort darf nicht darüber entscheiden, welcher Bildungsweg gewählt werden kann. Die Regionalschule soll vor Ort unter Einbeziehung von Schulen, Lehrern, Eltern und Schülern sowie der Kommunen und der regionalen Wirtschaft als Angebot gestaltet werden.

## 3. Fazit:

Die CSU nimmt aus ideologischen Gründen die Schwächung der örtlichen Wirtschaft, kulturelle Einbußen, finanzielle Belastungen der Kommunen und Investitionsruinen in Kauf, vor allem aber: das Erreichen eines höheren Bildungsabschlusses ist in Bayern nicht mehr nur vom Geldbeutel der Eltern abhängig, sondern auch vom Wohnort.

## Alternative 5

**Gerecht ist, wenn eine Milliarde Euro in die Bildung unserer Kinder investiert wird!**

### 1. Wie ist die aktuelle Lage in Bayerns Staatshaushalt?

In den letzten Jahren ist es zu einem Rückgang der Ausgaben für unsere Schulen gekommen. Die Ausgaben für Schulen betragen 2006 17,45 Prozent des bayerischen Staatshaushaltes ohne Versorgungsleistungen. Im Jahr 2008 sind die Ausgaben auf 16,07 Prozent zurück gegangen. Dies bedeutet ein Rückgang der Ausgaben für unsere Schulen innerhalb von drei Jahren. Alleine an den Hauptschulen wurden per Saldo 1200 Stellen eingezogen. Alle parlamentarischen Initiativen mit dem Ziel, mehr Geld in die Schulen zu investieren, wurden in den letzten Jahren von der CSU Mehrheit im Landtag konsequent abgelehnt.

### 2. Wie ist die sozialdemokratische Alternative zu den Bildungsinvestitionen?

Bildung muss zum Schwerpunkt der bayerischen Politik werden. Wir werden deshalb eine Milliarde Euro zusätzlich in die Bildungspolitik investieren, also den Bildungshaushalt strukturell innerhalb von vier Jahren um eine Milliarde Euro erhöhen.

Damit werden wir mehr Lehrer/innen einstellen, die Klassen deutlich kleiner machen, die individuelle Förderung und die Bildungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt der Schulpolitik stellen, die Lehrer/innen von Verwaltungsaufgaben entlasten, Ganztagschulen flächendeckend ausbauen, damit jeder Schüler auf Wunsch einen gebundenen Ganztagsplatz erhält, Schulpsychologen/innen einstellen, die Kommunen von Schulkosten entlasten, wohnortnahe Schule erhalten, Schulsozialarbeit ermöglichen, Beförderungsämter für Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Volksschulen und staatlichen Realschulen schaffen,

Bildung in der Jugendarbeit sichern, die Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände und der Vereinspauschale erreichen und Lebenslanges Lernen realisieren.

### 3. Fazit

Die Bayerische Staatsregierung spart an den Schulen. Entgegen den immer wieder vorgetragenen Ankündigungen gehen die Ausgaben für die Schulen zurück. Die CSU ist offensichtlich nicht bereit, ausreichend und bedarfsgerecht in die Schulen zu investieren. Dies ist umso bemerkenswerter, weil seit 2005 in der Summe 4.4 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen zur Verfügung stehen. Die CSU bleibt in ihrem Bemühen, mehr Finanzmittel in die Schulen zu investieren, unglaubwürdig. Der Kultusminister kann sich mit einer Forderung nach höheren Bildungsinvestitionen nicht durchsetzen.